

Dezember 2011

Liebe GAR-Mitglieder,  
in diesem Rundbrief erhalten Ihre Informationen über

1. neue Eckpunkte zur Gemeinschaftsschule
2. Nach der Volksabstimmung – Die Bahn an vielen Stellen beim Wort nehmen
3. Beispielantrag für Kommune als fahrradfreundlicher Arbeitgeber (Herrenberg)
4. Beispielantrag für kommunale Ladestation für E-Bikes
5. Standesamt für alle ab 1.1.2012 rechtskräftig
6. Kommunalfreundliche Politik der Landesregierung auf GAR-Internetseite abrufbar
7. Kompetenzatlas Umwelttechnologie
8. Rauchmelder retten Leben – Initiative der grünen Landtagsfraktion
9. Ankündigung eines Kongresses zur regenerativen Stadt am 2.3.2012
10. Gedicht und Aphorismen zum Jahresende vom GAR-Schatzmeister ausgewählt

### 1. Eckpunkte zu Gemeinschaftsschulen bekannt gegeben

Das Grummeln war unüberhörbar: Die neue Kultusministerin habe ja gar keinen Plan, wie die neue Gemeinschaftsschule umgesetzt werden soll. Jetzt sind von der Landesregierung die Eckpunkte veröffentlicht, worüber der Landtag im Februar berät und beschließt.

„Die Gemeinschaftsschulen erhalten grundsätzlich die gleiche Ausstattung für die Studententafel und den Ganztagsbetrieb wie jede andere Schulart. Für die spezifischen Aufgaben der Gemeinschaftsschule, den Umgang mit heterogenen Lerngruppen, erhalten sie zusätzlich zwei Lehrerwochenstunden pro Lerngruppe.

- Der Gemeinschaftsschule werden pro angefangenem Zug in den ersten 3 Jahren einmalig 6 Stunden zur Verfügung gestellt (1. Jahr: 3 Lehrerwochenstunden (LWS), 2. Jahr: 2 LWS, 3. Jahr: 1 LWS).
- Für alle Starterschulen sind insgesamt 6 Sonderschuldeputate für Inklusion vorgesehen.
- Das Deputat für Lehrkräfte an Gemeinschaftsschulen wurde auf 27 LWS festgelegt.

Weitere wesentliche Merkmale der Gemeinschaftsschule sind:

- Einbeziehung der Eltern in den Schulalltag
- Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern in Gemeinde und Region (z.B. Vereine, Wirtschaft, außerschulische Jugendarbeit)
- Förderung der Ausbildungsreife
- Durchgängige berufliche Orientierung
- Übergang in eine berufliche Ausbildung möglich
- Inklusive Angebote“

Siehe <http://www.baden-wuerttemberg.de/sixcms/detail.php?id=262431&referer=88736&newslink=262454>

### 2. Nach der Volksabstimmung – Landtagsfraktion nimmt Bahn in die Pflicht

Beschluss der Grünen im Landtag vom 13. Dezember 2011

„Die Landtagsfraktion der Grünen akzeptiert das Ergebnis der Volksabstimmung zum Bahnprojekt Stuttgart 21 und besteht insbesondere auf der Einhaltung des Kostendeckels von 4,526 Milliarden

Euro, sowie auf der Umsetzung der von der DB getätigten Zusagen zur Verbesserung der Eisenbahninfrastruktur.

Die Landtagsfraktion wird das Bahnprojekt S21 konstruktiv-kritisch begleiten. Der Kostenanteil des Landes darf die festgelegten 630,60 Millionen Euro nicht übersteigen. Die Deutsche Bahn AG muss nun auf transparente, öffentlich nachvollziehbare Weise zeigen, dass sie das Projekt innerhalb des vertraglich vereinbarten Kostenrahmens erfolgreich abschließen kann.

- 1.) Verbesserungen, die die Deutsche Bahn AG in der Schlichtung zugesagt hat, und die zu einem vernünftigen Eisenbahnbetrieb gehören, dürfen nicht zu Kostensteigerungen für ihre Vertragspartner führen. Dazu zählen unter anderem die Nachbesserungen beim Brandschutz und der barrierefreien Gestaltung der Zugänge gemäß modernen Standards, die Signalisierung der S-Bahn sowie Mittel, die für den Ausbau einzelner Bahnhöfe entlang der Murrbahn benötigt werden. Die aufgeführten Maßnahmen entsprechen einer Summe von 80 Millionen Euro und sind Bestandteil der Gesamtkosten in Höhe von maximal 4,526 Milliarden Euro.
- 2.) Der Bau der Großen Wendlinger Kurve (zweites Gleis zur Anbindung aus Richtung Tübingen an die Neubaustrecke) in Höhe von 70 Millionen Euro ist ebenfalls in diesen Gesamtkosten enthalten. Dies hatte die Gutachterfirma SMA und Partner AG bei ihrem Audit gefordert, weil sonst der Angebotsfahrplan des Landes 2020 nicht erfüllt worden wäre.
- 3.) Ebenso sind die Kosten für die Erhaltung der Gäubahn Bestandteil der Gesamtkosten, weil es sich hierbei um eine Forderung aus dem Schlichtungsverfahren handelt. Die Gäubahn zwischen Stuttgart und Singen soll weiterhin für den Fernverkehr genutzt werden. Sie ist in ihrer Sachgesamtheit nicht nur ein Kulturdenkmal, sie ist auch zwingend notwendig für Notfall- und Rettungsszenarien.
- 4.) Sämtliche inflationsbedingten Preissteigerungen für das Bauvorhaben dürfen nicht aus den Gesamtkosten heraus gerechnet werden, sondern müssen durch den Risikopuffer abgedeckt werden.
- 5.) Die von der Deutschen Bahn AG zugesagten Verbesserungen in der Eisenbahninfrastruktur sind innerhalb des zugesagten Zeitfensters von der DB umzusetzen – hier nehmen wir die DB in die Pflicht:
  - a. Rastatter Tunnel
  - b. Einleitung der Elektrifizierung der Südbahn – 2012 – und Abschluss 2016
  - c. Zweigleisiger Ausbau der Gäubahn – Aufnahme des Abschnitts Horb und Neckarhausen 2012 in den Investitionsrahmenplan
  - d. S-Bahn-Ausbaumaßnahmen
  - e. Verbindlichkeit des Planfeststellungsverfahrens auf den Fildern
- 6.) Wir erwarten von der DB AG ein transparentes Verfahren zur Abwicklung der weiteren Baumaßnahmen nebst der erforderlichen Baulogistik. Hierzu ist die Bekanntgabe eines entsprechenden Terminplans notwendig, bevor unumkehrbare Maßnahmen eingeleitet werden.“

Das Beschlusspapier steht auf den GAR-Seiten unter <http://www.gar-bw.de/info/verkehr.html> .

### 3. Kommune als fahrradfreundlicher Arbeitgeber

„Der fahrradfreundlichste Arbeitgeber“ ist ein Wettbewerb des B.A.U.M. e. V., in dem das fahrradfreundlichste Unternehmen gesucht und jedes Jahr ausgezeichnet wird. Siehe dazu <http://www.fahrrad-fit.de/>

Der Verkehrsminister Winfried Hermann hat in diesem Jahr den Landkreis Göppingen als Sieger bei den Arbeitgebern bis 500 MitarbeiterInnen ausgezeichnet.

Siehe dazu Siehe dazu <http://www.baden-wuerttemberg.de/sixcms/detail.php?id=261237>

Bei den Arbeitgebern mit bis zu 500 Mitarbeitern hatte das Landratsamt Göppingen dieses Jahr die Nase vorn. Motiviert durch die gezielte Weiterentwicklung des Landkreis Göppingen als

fahrradfreundlicher Landkreis wollte auch das Landratsamt ein fahrradfreundliches Umfeld für seine Mitarbeiter schaffen und hatte hierbei großen Erfolg. Aufbauend auf bereits vorhandenen Initiativen zur Fahrradförderung, wie z.B. regelmäßigen Betriebsradtouren wurden zahlreiche weitere Maßnahmen durchgeführt. So konnten unter anderem neue Fahrradabstellanlagen - darunter auch eine Pedelec-Ladestation - installiert, ein neuer Dushraum und Spinde eingerichtet sowie Dienstpedelecs und E-Bikes angeschafft werden. Mit seinen umfangreichen Bemühungen für die Fahrradförderung konnte das Landratsamt die Wettbewerbsjury für sich gewinnen. Die Grünen in Herrenberg haben einen Vorstoß in Sachen Kommune als fahrradfreundlicher Arbeitgeber unternommen.

**Antrag:** Die Stadt als größte Arbeitgeberin lässt sich im Jahr 2012 beraten, welche Maßnahmen sinnvoll unternommen werden können, um als fahrradfreundliches Unternehmen zu gelten und daraus eine Konzeption abzuleiten. Diese Aktivität versteht sich als Beitrag zum Einstieg in die Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundlicher Unternehmen (AGFK) die für Ende 2012 angestrebt ist. Die ausführliche Antragsbegründung steht auf der GAR-Internetseite unter <http://www.gar-bw.de/info/verkehr.html>

#### 4. Ladestation für E-Bikes erfolgreich beantragt

Die GAL in Bietigheim -Bissingen hat nachfolgenden Antrag erfolgreich im Rat eingebracht: Die Stadt Bietigheim-Bissingen erstellt eine Stromtankstelle, an der Pedelecs (Elektrofahrräder) während ihres Aufenthalts in der Stadt aufgeladen werden können.

**Begründung:** Elektromobilität erfordert eine entsprechende Infrastruktur für das sichere Aufladen von unterschiedlichen Fahrradakkus im öffentlichen Raum. Enztalradweg und Stromberg-Murrta-Weg, das touristische Angebot und die vielfältigen Einkaufsmöglichkeiten in der Stadt sollten Grund für eine derartige Einrichtung sein.

Pedelec-Tankstellen gibt es zwischenzeitlich in verschiedenen Variationen, es gibt Ladestationen für bis zu 40 Akkus, die Identifizierung kann über die ec-Karte erfolgen. Neben einem Netzanschluss kann die Ladestation auch über ein Solarstrompaneel betrieben werden.

Für die Übernahme der Stromkosten, um die Pedelec-Tankstelle beispielsweise kostenlos anbieten zu können, kann ein Sponsor, unter Umständen auch zeitlich begrenzt (Bank, Einzelhandelsunternehmen, Stadtwerke) gewonnen werden.

#### 5. Ab 1.1.2012 Standesamt für Ehen und eingetragene Partnerschaften

Die Landtagsmehrheit hat Baden-Württemberg vom Makel befreit, als einziges Bundesland die Paare, die eine gleichgeschlechtliche Partnerschaft eingehen möchten, von den Trauzimmern der Rathäuser auszuschließen. Ab dem 1.1.2012 sind die Standesämter der Städte und Gemeinden und nicht mehr die Landratsämter auch für gleichgeschlechtliche Trauungen zuständig. Bei dieser Gelegenheit wurde auch die Ungleichheit der Gebühren beendet. Jetzt zahlen alle Paare 40 Euro. Baden-Württemberg ist ab dem 1.1.2012 endlich auch ein Bundesland, in dem diese staatliche Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung der Vergangenheit angehört.

Mit unseren Versuchen diese Ungleichheit auf kommunaler Ebene zu beseitigen, waren wir in den Jahren davor in vielen Kreistagen abgeblitzt. Jetzt hat es die grün-rote Regierung gerichtet.

#### 6. Kommunalfreundliche Politik der grün-roten Landesregierung ist nachhaltig

Im letzten Rundbrief stand der Tipp, bei der Verwaltung nachzufragen, wie hoch der Zuschuss des Landes für die Kinderbetreuung im Vergleich zum Vorjahr ist. Inzwischen haben Städtetag und Finanzministerium die Liste für alle Kommunen im Land veröffentlicht (sie ging als Rundmail auch schon von der GAR an alle Rätinnen und Räte). Weil Gutes schnell in Vergessenheit gerät und ungeliebte Veränderungen anhaltend thematisiert werden, stehen die Zahlen für alle Kommunen und für alle Landkreise (Kindertagespflege) auf der GAR-Internetseite abrufbar.

<http://www.gar-bw.de/info/kinder-und-jugend.html>

Bei dieser Gelegenheit ein Hinweis zur Homepage:

Wir haben die Sachinformationen jetzt wieder allgemein frei geschaltet, weil der automatisierte Zugang über Benutzername und Passwort sich für viele eigentlich berechnigte Nutzerinnen und Nutzer als Zugangsbarriere erwiesen hat.

## **7. Umwelttechnologieunternehmen darstellen, vernetzen und dadurch fördern**

Umweltminister Franz Untersteller hat dieser Tage offiziell die Ergebnisse einer umfassenden Befragung von Unternehmen aus dem Umweltbereich präsentiert und einen neuen Kompetenzatlas für Umwelttechnik und Ressourceneffizienz im Internet freigeschaltet. Damit liegt eine erste Darstellung der Unternehmens- und Forschungslandschaft in Baden-Württemberg aus dem Bereich der Umwelttechnik vor.

An der Befragung nahmen knapp 150 überwiegend kleine und mittlere Unternehmen mit Jahresumsätzen unter 10 Mio. € teil. Die Ergebnisse der Befragung sowie die Profile von über 200 Unternehmen sind im Internet unter der Adresse [www.kompetenzatlas-umwelttechnik.de](http://www.kompetenzatlas-umwelttechnik.de) zu finden. (Siehe auch <http://www.umwelttechnik-bw.de/> )

Mit dem Atlas wird Unternehmen der grünen Branche ein Werkzeug zur Vernetzung mit Partnern gegeben. Für potentielle Kunden stellt der Atlas ein gutes Auswahlinstrument für den nach ihren Vorstellungen besten Anbieter dar.

Der Atlas soll fortlaufend aktualisiert werden und zukünftig auch mehrsprachig zur Verfügung stehen.

Auf den ersten Blick ist festzustellen, das noch längst nicht alle in Frage kommenden Unternehmen eingetragen sind. Die Homepage hat die Möglichkeit, sich selbst anzumelden. Damit Firmen dies tun können, ist es sinnvoll, dass sie von der kommunalen Wirtschaftsförderung darauf angesprochen werden. Auch wir Grünen können Unternehmen in unserem Umfeld auf diese Möglichkeit hinweisen.

## **8. Grüne Landtagsfraktion beantragt Rauchmelder in der Landesbauordnung**

Die örtlichen Feuerwehren wird das mit Interesse aufnehmen.

Jährlich sterben rund 600 Menschen in Deutschland an Bränden, die Mehrheit davon in Privathaushalten. Rauch- bzw. Brandmelder stellen eine wirksame Präventionsmaßnahme dar, da sie Wohnungen permanent überwachen und ein Gefahrenzustand durch Feuer bzw. Rauch akustisch angezeigt wird. Dadurch werden Personen auf die Gefahr aufmerksam. Die Grüne Landtagsfraktion hat dazu eine Initiative eingebracht, die jetzt vom Ministerium für Verkehr und Infrastruktur beantwortet wurde.

„Rauch- und Brandmelder leisten einen wirksamen Beitrag dazu, dass weniger Menschen an Rauchgasvergiftungen sterben. Ebenso können Gebäudeschäden eingedämmt werden. Daher ist der verpflichtende Einbau von Rauchmeldern in Privatwohngebäuden zur Brandprävention angezeigt“. Derzeit besteht in neun Ländern (Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen) eine Verpflichtung, in neuen Wohnungen Schlafräume, Kinderzimmer sowie Flure, über die Rettungswege von Aufenthaltsräumen führen, jeweils mit mindestens einem Rauchwarnmelder auszustatten.

Sechs dieser Länder (Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein) haben darüber hinaus auch eine Nachrüstungsverpflichtung für bestehende Wohnungen vorgesehen. Die Nachrüstfristen sind unterschiedlich geregelt und enden zwischen dem 31. Dezember 2009 und 31. Dezember 2015.

Die Landtagsanfrage mit ausführlicher Antwort finden Sie hier: [>>> Initiative Rauchmelder](#)  
(Andreas Schwarz, MdL, GAR-Vorsitzender)

## **9. Regenerative Stadt – Kongress der Böll Stiftung am 2. März 2012 in Stuttgart**

Kommunen gehen voran: Rio 20+

Kommunen sind die Vorreiter im Klimaschutz - obwohl auch die europäischen und deutschen

Städte und Gemeinden in ihrer Gesamtheit den Nachhaltigkeitszielen hinterherhinken. Zahlreiche Bürgerinitiativen und Kommunen haben Lokale-Agenda-21-Prozesse initiiert. Viele Städte und Gemeinden haben Klimaschutz zentral auf die Agenda gesetzt, Klimaschutzkonzepte entwickelt und Klimabilanzen erstellt. Die Zahl der Regionen, die sich dem Ziel „100% Erneuerbare Energieversorgung“ verschrieben haben, wächst stetig. Neue Bürgerinitiativen und Ideen kommen hinzu, z.B. die Transition Towns- und die Urban-Gardening-Bewegung. Manche Kommunen haben eine Reduzierung ihrer CO2-Emissionen um bis zu 20% und auch andere Erfolge nachhaltiger Stadtentwicklung erreicht.

Das 20jährige Jubiläum des ersten Umweltgipfels von Rio und das erneute UN-Gipfeltreffen in der brasilianischen Metropole 2012 sind auch Anlass, sich mit der Zukunft kommunaler Nachhaltigkeit auseinanderzusetzen.

Das ausführliche Programm steht auf der GAR-Internetseite unter <http://www.gar-bw.de/termine.html>

## 10. Gedicht und Aphorismen - ausgesucht vom GAR-Schatzmeister Jürgen Hirning

Liebe Freundinnen und Freunde der GAR, werte Mitgliedschaft, das Jahresende stellt uns weihnachtsbedingt vor besondere Herausforderungen bei der Auswahl passender Geschenke. Ich habe euch dazu einen Ringelnetz:

*Schenke gross oder klein,  
Aber immer gediegen.  
Wenn die Bedachten  
Die Gaben wiegen,  
Sei dein Gewissen rein.  
Schenke herzlich und frei.  
Schenke dabei  
Was in dir wohnt  
An Meinung, Geschmack und Humor,  
So dass die eigene Freude zuvor  
Dich reichlich belohnt.  
Schenke mit Geist ohne List.  
Sei eingedenk,  
Dass dein Geschenk  
Du selber bist.*

Für langjährig Aktive, die politisch und persönlich schon so manches erlebt haben und sich geburtsjahrbedingt in der Phase der „optischen Reifung „ befinden sei zum guten Trost Mark Twain zitiert: **"Die Zeit mag Wunden heilen, aber sie ist eine miserable Kosmetikerin."** Halten wir es zum guten Schluß am besten mit Novalis, dann wird 2012 ein treffliches und gedeihliches Jahr...

**"Begrüße das neue Jahr vertrauensvoll und ohne Vorurteile, dann hast du es schon halb zum Freunde gewonnen."**

Eine schöne Weihnachts- und Witerzeit wünschen euch  
der GAR-Vorstand (*Andreas Schwarz, Bettina Lisbach, Adelheid Hepp, Jürgen Hirning*)  
die GAR-Buchhalterin (Sue Fuchs) und die  
GAR-Geschäftsführerin (Sabine Schlager)

